

Fraktion der SPD in der Stadtverordnetenversammlung Jüterbog

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Termine der Selbsthilfegruppen des Nachbarschaftsheim e.V. sind weiterhin im Fläming Anzeiger zu veröffentlichen.

Begründung:

Der Bürgermeister hat dem Nachbarschaftsheim die Möglichkeit der Anzeigenschaltung im Fläming-Anzeiger gekündigt.

Wir sind der Auffassung, dass für die gesundheitlich stark beeinträchtigten Bevölkerungsteile es besonders wichtig ist, sich über Hilfsangebote zu informieren.

Als Stadt Jüterbog haben wir auch über das Landesprogramm „Pakt für Pflege“ Fördermittel zur Durchführung dieser Selbsthilfegruppen beantragt, sodass es auch im städtischen Interesse sein muss, dass diese Kurse gut besucht werden.

Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass es sich dabei um eine wirtschaftliche Betätigung handele.

Der Verein ist als gemeinnütziges Unternehmen gerade kein vergleichbares Wirtschaftsunternehmen, da er - anders als ein klassisches Unternehmen - keine Gewinne erwirtschaften darf. Im Übrigen ist die Bekanntmachung im Fläminganzeiger beschränkt auf die Tätigkeit der Selbsthilfekontaktstelle, welche eben gerade nicht mit den "Tätigkeiten der übrigen Marktteilnehmern (Sozialstationen, die auch Gewinne erwirtschaften dürfen)" vergleichbar ist und somit auch keine Bevorzugung darstellt. Es erfolgt ausdrücklich KEINE Bewerbung der eigenen Sozialstation.

Sollte der Bürgermeister bei seiner absurden Rechtsauffassung bleiben, so fordern wir ihn konsequenterweise auf, umgehend Selbstanzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft Neuruppin vorzunehmen. Nach seiner Rechtsauffassung hätte er dann über viele Jahre einem Unternehmen rechtswidrig Vorteile verschafft.

Gabi Dehn
Fraktionsvorsitzende